

# **Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen**

Landtag  
20. Wahlperiode

Drucksache 20 / 13  
3. Dezember 2014

## **Beschlussvorschlag der Fraktion ‚SelbstAktiv‘ – Arbeitskreis behinderter Menschen in der SPD in Bremen**

### **Beschlüsse des Behinderten-Parlaments in den fachlich zuständigen Deputationen und Parlamentarischen Ausschüssen behandeln**

#### **Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:**

Seit 20 Jahren gibt es das Behinderten-Parlament in Bremen. Behinderte Menschen reden über Sachen, die Politiker in Bremen besser machen sollen.

Vor der Sitzung schreibt man einen Vorschlag auf. Da steht, was nicht gut ist. Und da steht, wie man das besser machen kann. Das ist ein Beschluss-Vorschlag. Dann reden die behinderten Menschen im Behinderten-Parlament darüber. Sie sagen, ob das so stimmt. Oder ob das nicht gut ist. Wenn das gut für die behinderten Menschen ist, dann machen sie einen Beschluss.

Das machen sie mit vielen Vorschlägen. Dann hat man am Ende der Versammlung viele Beschlüsse. Die Beschlüsse sollen dann von den Politikern im Parlament umgesetzt werden.

Die Politiker müssen auch darüber reden. Sie überlegen, wie man das machen kann.

Jetzt reden die Politiker über alle unsere Beschlüsse nur in der Arbeits-Gruppe „Soziales“. In der Politik gibt es aber viele verschiedene Themen. Politiker bearbeiten das in verschiedenen Arbeits-Gruppen. Das soll man auch mit unseren Beschlüssen machen. Die Politiker sollen in den richtigen Arbeits-Gruppen über unsere Beschlüsse reden. Über jedes Thema soll in der Arbeits-Gruppe gesprochen werden, in der auch die Fach-Politiker sind.

Zu einem Beschluss über Wohnungen sollen die Politiker in der Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr reden. Genauso zu einem Beschluss über Busse und Bahnen.

Zu einem Beschluss über mehr Museums-Führungen in Leichter Sprache sollen die Politiker in der Deputation für Kultur reden.

Zu einem Beschluss über die Verbesserung der Teilhabe behinderter Studierender sollen die Politiker in der Deputation für Bildung und Wissenschaft reden.

Die Vorlagen des Behinderten-Parlaments sollen immer der richtigen Arbeits-Gruppe zugeordnet werden. Das gilt für alle Beschlüsse.

Behinderte Menschen sind bei allen Themen dabei. In der Behinderten-Rechts-Konvention steht:

Artikel 8 Bewusstseinsbildung „Ziel ist es, in der Gesellschaft das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern. Die Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass Klischees, Vorurteile und schädliche Praktiken gegenüber Menschen mit Behinderungen, auch aufgrund des Geschlechts oder des Alters, in allen Lebensbereichen bekämpft werden und dass das Bewusstsein für die Fähigkeiten und den Beitrag von Menschen mit Behinderungen gefördert wird.“

Die Politiker sollen in allen Arbeits-Gruppen auch an behinderte Menschen denken. Und Politik für alle Menschen machen. Denn:

- Für die Umsetzung der UN-BRK in Bremen ist nicht nur die Senatorin für Soziales verantwortlich!
- Alle Senatorinnen und Senatoren und alle Politiker der Bürgerschaft sind für die Umsetzung der UN-BRK in ihrem Fachbereich verantwortlich!

## **Die 20. Bürgerschaft behinderter Menschen fordert den Senat und die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft auf**

die Beschlüsse aus dem Behinderten-Parlament ab sofort in den fachlich zuständigen Deputationen und parlamentarischen Ausschüssen zu behandeln.

Für die Fraktion ‚SelbstAktiv‘ – Arbeitskreis behinderter Menschen in der SPD in Bremen: Andree Schütte

---

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31.03.15 erbeten an:  
AK Protest, c/o LAG Selbsthilfe, z.Hd. Frau Jahn  
Waller Heerstraße 55, 28217 Bremen